

Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte
Brehmstr. 5-7 40239 Düsseldorf

An die
Mitglieder des Rechtsausschusses
des Deutschen Bundestages

Düsseldorf, 5. Mai 2006

Föderalismusreform gefährdet Teilhaberechte behinderter Menschen und bundeseinheitliche Sozialstandards

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte begrüßt es, dass durch die Föderalismusreform die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern gestärkt werden soll. Er befürchtet jedoch, dass die Verlagerung bestimmter Gesetzgebungskompetenzen des Bundes auf die Länder erhebliche Nachteile für Menschen mit Behinderung zur Folge haben können. Dies betrifft insbesondere die folgenden drei Bereiche:

1.) Heimrecht

Aufgrund der beabsichtigten Änderung von Art. 74 Absatz 1 Nr. 7 GG soll das Heimrecht künftig in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Länder fallen. Hierdurch wären bundeseinheitliche Mindeststandards in Heimen auf längere Sicht nicht mehr garantiert.

2.) Sozialgesetzbuch IX

Art. 84 Absatz 1 Satz 2 GG-Entwurf sieht vor, dass die Länder künftig bei Bundesgesetzen, die sie in eigener Angelegenheit ausführen, abweichende Verfahrensregelungen treffen können. Die Gesetzesänderung könnte zur Folge haben, dass zahlreiche besonders wichtige Verfahrensvorschriften des SGB IX bedeutungslos werden. Dies betrifft insbesondere das Verfahren der Zuständigkeitsklärung nach § 14 SGB IX, die Rechtsnormen zur Zusammenarbeit (§ 12 SGB IX) und Leistungskoordination (§ 10 SGB IX) sowie die Verfahrensvorschriften für das trägerübergreifende Persönliche Budget (§ 17 SGB IX).

3.) Behindertengleichstellungsgesetz

Die Föderalismusreform wirkt sich schließlich auch auf mehrere Bundesgesetze aus, die im Rahmen des Behindertengleichstellungsgesetzes zugunsten behinderter Menschen geändert wurden.

So fiel zum Beispiel durch mehrere im Gesetzentwurf vorgesehene Änderungen (unter anderem Wegfall von Art. 104 a Absatz GG sowie Neueinfügung von Art. 143 c GG) das **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz** (GVFG) zum 1. Januar 2007 ganz oder in den wesentlichsten Teilen weg. Das GVFG regelt unter anderem, dass bestimmte Bauvorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden nur gefördert werden dürfen, wenn die Vorhaben die Belange behinderter und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung berücksichtigen und den Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weit reichend entsprechen. Vorgesehen ist in § 3 Nr. 1 d) GVFG ferner, dass Vertreter behinderter Menschen (Beauftragte, Beiräte oder Verbände) bei der Vorhabenplanung im Rahmen von Anhörungen zu beteiligen sind.

Durch die Übertragung des **Hochschulrechts** auf die Gesetzgebungskompetenz der Länder (Art. 74 Absatz 1 Nr. 33 GG-Entwurf) fiel die Vorschrift des § 2 Absatz 4 Satz 2 Hochschulrahmengesetz (HRG) weg, wonach die Hochschulen dafür Sorge zu tragen haben, „dass behinderte Studierende in ihrem Studium nicht benachteiligt werden und die Angebote der Hochschule möglichst ohne fremde Hilfe in Anspruch nehmen können“. Wegfallen würde ebenfalls § 16 Satz 4 HRG, welcher vorsieht, dass Prüfungsordnungen „die besonderen Belange behinderter Studierender zur Wahrung ihrer Chancengleichheit berücksichtigen“ müssen.

Die Verlagerung des **Gaststättenrechts** in die Gesetzgebungskompetenz der Länder (Art. 74 Absatz 1 Nr. 10 GG-Entwurf) hätte den Wegfall von § 4 Absatz 1 Nr. 2 a Gaststättengesetz zur Folge. Dort ist unter Berücksichtigung bestimmter Stichtage geregelt, dass die Erlaubnis zum Betrieb einer Gaststätte zu versagen ist, „wenn die zum Betrieb des Gewerbes für Gäste bestimmten Räume von behinderten Menschen nicht barrierefrei genutzt werden können“.

Zwar ist es möglich, dass die Länder die wegfallenden Vorschriften des Bundesrechts durch ähnlich lautende Länderegelungen ersetzen. In Anbetracht der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder sowie aufgrund der zu erwartenden unterschiedlichen Prioritätensetzungen besteht jedoch die begründete Sorge, dass die Belange behinderter Menschen im Rahmen der Ländergesetzgebung keine hinreichende Berücksichtigung finden. Mittel- und langfristig wäre hierdurch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für Menschen mit Behinderung in Deutschland nicht mehr gewährleistet.

Wir bitten Sie, diese Sorgen ernst zu nehmen und sie bei Ihren weiteren Beratungen zur Föderalismusreform zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Müller-Fehling
Geschäftsführer

Katja Kruse
Referentin für Sozialrecht